



**Regierungserklärung durch
Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann MdL**

**„Die Energiewende – Chance für die Wirtschaft,
Schutz für das Klima, Gewinn für die Menschen“**

am 18. Juli 2012

im Landtag von Baden-Württemberg

„Protokollversion“

*(Hinweis: Dies ist nicht das offizielle Protokoll
des Landtags von Baden-Württemberg!)*

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Die Energiewende ist eine Aufgabe von historischer Tragweite. Sie ist ein Generationenprojekt. Und sie bietet große Chancen – für Baden-Württemberg und darüber hinaus. Deshalb hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt, Pionier und Antreiber der Energiewende zu sein. Wir haben hierzu in den vergangenen Monaten wichtige Projekte auf den Weg gebracht. Wir sind auf einem guten und richtigen Kurs.

Wenn wir heute von der Energiewende reden, dann sollten wir uns zunächst vor Augen halten, wie lange es diesen Begriff schon gibt. Im Jahr 1980, als ich zum ersten Male diesen Plenarsaal betrat, saßen im Öko-Institut in Freiburg drei Experten zusammen und beendeten eine wegweisende Studie mit dem Titel „*Energiewende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran*“. Darin wurden die Notwendigkeit und die Machbarkeit einer Abkehr von der Atomkraft und der übermäßigen Nutzung fossiler Energieträger skizziert.

Mehr als drei Jahrzehnte hat es gedauert und einiger einschneidender Ereignisse bedurft, bis aus dieser Vision ein parteiübergreifendes politisches Konzept wurde, das im Konsens beschlossen wurde. Es begann mit den Demonstrationen gegen den geplanten Bau des Atomkraftwerks in Wyhl am Oberrhein ab Mitte der Siebzigerjahre, die maßgeblich von Winzern, Landwirten, Hausfrauen und Studierenden organisiert wurden. Trotz der breit getragenen Proteste wurde in den folgenden Jahren der Bau von weiteren AKWs durchgesetzt. Dies führte zu einer tiefgreifenden Spaltung der Gesellschaft in der ganzen Republik.

Eine große Leistung der ersten rot-grünen Bundesregierung ab 1998 bestand darin, mit dem Atomausstiegskonsens, den sie mit der Energiewirtschaft ausgehandelt und dann in Gesetz gegossen hat, den Weg zu einer Befriedung dieses Großkonflikts gewiesen zu haben. Es war ein politischer Erfolg, den Ausstieg aus einer unverantwortbaren Risikotechnologie begonnen zu haben.

Leider wurde dieser Konsens wieder aufgekündigt. Erst die schrecklichen Ereignisse von Fukushima haben bei vielen politisch Verantwortlichen, die diese Wende rückgängig machen wollten, dann ein Umdenken ausgelöst. In der Folge ist es gelungen, in einem breiten politischen Konsens aller Parteien im Bundestag und mit allen Bundesländern zu einem verbindlichen Zeitplan für den Ausstieg aus der Atomenergie zu

kommen. Die Bundesregierung hat nach Fukushima die Konsequenzen aus dieser Katastrophe gezogen. Sie hat ihre eigenen Beschlüsse zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke infrage gestellt und zu einer Ausstiegslösung zurückgefunden, die im Kern von der rot-grünen Vorgängerregierung stammte.

Nun stehen wir vor der großen Herausforderung, die Leistung der Atomkraftwerke durch andere Energieerzeugungsformen zu ersetzen. Dazu gibt es einen weiteren breiten Konsens: Statt mit Atomkraft soll der Strom künftig in erster Linie aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt werden.

Nach dem Stromeinspeisungsgesetz, das die Grundlagen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen geschaffen hat, konnte mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vom März 2000 der Grundstein für eine beispiellose Erfolgsgeschichte im Ausbau der regenerativen Energien gelegt werden, und diese Erfolgsgeschichte muss weitergehen.

Dabei ist es zwingend erforderlich, dass der massive Ausbau der erneuerbaren Energieträger von einer deutlichen Reduzierung des Energieverbrauchs sowie einer Steigerung der Energieeffizienz begleitet wird. Diese drei Leitplanken der neuen Energiepolitik – mehr Erneuerbare, mehr Einsparung und mehr Effizienz – müssen nun ernsthaft und konsequent umgesetzt werden.

Ich möchte nun eine Bilanz des vergangenen Jahres ziehen, ein Jahr, in dem wir ganz entscheidende Weichen gestellt haben und zentrale Projekte auf den Weg bringen konnten.

Wir haben uns im Bund erfolgreich für einen beschleunigten Atomausstieg eingesetzt, der zeitlich gestaffelt konkrete Abschaltzeitpunkte für die einzelnen Reaktoren gesetzlich festschreibt.

Wir haben in den Verhandlungen der Bundesregierung mit den Ländern dafür gesorgt, dass kein Atomreaktor als „Kaltreserve“ vorgehalten wird.

Mit unserem Eckpunktepapier zur Endlagerung radioaktiver Abfälle ist die festgefahrene Diskussion in diesem Bereich aufgebrochen worden.

Nach monatelangem Streit um das Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde jetzt ein vernünftiger Kompromiss gefunden. Der Einspeisevorrang für die Erneuerbaren bleibt erhalten. Die Förderung wird zwar abgesenkt, aber es bleibt ein vernünftiges Niveau erhalten, und die Anpassung wird auch für unsere Anbieter verträglich gestaltet.

Die Novelle des Landesplanungsgesetzes und ein Windenergieerlass sind verabschiedet. Damit haben wir die Rechtsgrundlagen für einen deutlichen Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg geschaffen.

Wir haben Vorschläge für ein neues Kapazitätsmarktmodell für die Stromwirtschaft vorgelegt, das ausreichende Investitionsanreize für den Bau von Kraftwerken und Speichern bietet, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Wir haben die Eckpunkte für ein Landesklimaschutzgesetz und ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept beschlossen, mit dem wir dem Klimaschutz einen gesetzlichen Rahmen geben werden, und wir haben die Haushaltsmittel für die Umsetzung der Energiewende und für die Energieforschung im Land erheblich aufgestockt.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht – nicht so der Bund, wo ein Jahr verschlafen wurde. Dies ist umso misslicher, da viele Projekte der Energiewende vom Bund ins Werk gesetzt werden müssen.

Zudem ist es wichtig, dass wir die europäische Dimension nicht aus den Augen verlieren und gesamteuropäische Lösungen anstreben, etwa bei so zentralen Themen wie dem Netzausbau. Auch über die Landesgrenzen hinaus sind wir mit unseren Nachbarn und Partnern auf einem guten Weg, z.B. am Oberrhein mit dem TRION-Projekt, wo wir die Potentiale der Energie-Effizienz und der Erneuerbaren Energien grenzübergreifend betrachten, z.B. am Bodensee mit den Klimaschutzkongressen der Internationalen Bodenseekonferenz oder dem BAER-Projekt, das die Internationale Bodenseehochschule fördert.

Auch im Donauraum spielen Energiefragen eine ganz wesentliche Rolle. So lassen sich etwa mit Unterstützung von "Connecting Europe"-Mitteln Potentiale im Bereich Wasserkraft, Speicherung, Sonne, Wind und Biomasse erschließen. Diese grenz-

übergreifenden Aktivitäten sind wichtig, damit wir in keine einseitigen Abhängigkeiten kommen.

Welche Herausforderungen und Chancen liegen nun vor uns? Der Ausstieg aus der Atomkraft und der Umbau der Energieversorgung sind ganz zweifellos von historischer Tragweite. Die ganze Welt schaut auf dieses Projekt, das wir hier in Deutschland umsetzen wollen.

In ihrer Dimension ist die Energiewende mit der ersten industriellen Revolution vergleichbar. Der Historiker David Landes fasst den technischen Kerngehalt der ersten industriellen Revolution in drei Punkten zusammen: Im Zentrum standen erstens die Energieerzeugung und -umwandlung durch die Dampfmaschine, zweitens die massenhafte Verwendung von Kohle und Eisen und drittens die Mechanisierung von Handarbeit durch Maschinen.

Auch die erste industrielle Revolution beruhte also auf einer Änderung der Art und Weise, wie wir Energie erzeugen und wie wir sie nutzen. Auch die erste industrielle Revolution brachte massive technische, wirtschaftliche und natürlich auch soziale Veränderungen mit sich. Und auch die erste industrielle Revolution rief den Widerstand all derjenigen hervor, deren Geschäftsmodelle durch die neue Technik bedroht waren. Daher wundere ich mich natürlich auch nicht über die Gegenwehr unserer Tage.

Es vergeht ja derzeit kein Tag, an dem nicht von interessierter Seite versucht wird, die Energiewende zu diskreditieren, sei es mit Horrorszenarien von dunklen Städten, kalten Wohnungen und sogar mit dem Gespenst einer Deindustrialisierung. Begleitet wird dies dann von Sprüchen wie, die Energiewende sei schwieriger als die Mondlandung.

Dabei wird so getan, als wenn es eine bessere Alternative gäbe und als könne man den Umbau des Energiesystems aufhalten. Aufhalten kann man ihn genauso wenig wie die erste industrielle Revolution, man kann ihn höchstens bremsen. Aber ist das vernünftig?

Unbestritten ist, dass Öl und Gas knapper werden. Wahrscheinlich ist schon in wenigen Jahren der Höhepunkt der Ölförderung erreicht. Unbestritten ist des Weiteren,

dass zugleich die Nachfrage nach Öl und Gas immer weiter steigen wird. Grund dafür ist natürlich der Energiehunger aufstrebender Länder wie China und Indien und eine immer noch schnell wachsende Weltbevölkerung. Unbestritten ist auch, dass aufgrund des Emissionshandels die Preise für Stein- und Braunkohle stetig zunehmen werden.

Alles zusammen führt im Ergebnis dazu, dass die Preise fossiler Brennstoffe im Trend massiv ansteigen werden und die Wahrscheinlichkeit von Preissprüngen und krisenhaften Zuspitzungen steigt. Um es ganz klar zu sagen: Die gewohnte sichere Versorgung mit billigem Öl, billigem Erdgas und billiger Kohle gehören ein und für alle Mal der Vergangenheit an.

Würden wir den Kritikern der Energiewende folgen, unser Energiesystem erhalten wie es ist, das marode Energienetz erneuern und ein paar effizientere fossile Großkraftwerke aufstellen, müssten wir daher mit massiv steigenden Preisen, mangelnder Versorgungssicherheit bis hin zu Rezessionen, mit Konflikten um Energie sowie einem forcierten Klimawandel rechnen. Das kann also keine vernünftige Alternative zur Energiewende sein.

Selbstverständlich gehört auch zur Wahrheit, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben ist, auch das gehört zur Wahrheit. Aber im Gegensatz zum „Weiter so!“ sind die Kosten und die Folgen der Energiewende beherrschbar. Langfristig werden die Preise womöglich sogar sinken. Denn der alte Satz, dass Sonne und Wind keine Rechnung schicken, ist richtig.

Das Institut für Energie Leipzig, das auch schon von unserer Vorgängerregierung beauftragt wurde, kommt in einem aktuellen Gutachten zum Thema Preisentwicklung zum Ergebnis, dass im Zeitraum von ca. zehn Jahren für energieintensive Industriebetriebe – wenn überhaupt – dann nur mit einem äußerst moderaten Anstieg der Preise zu rechnen ist bzw. sogar auch ein Rückgang der Strompreise um 2,5 % möglich ist.

Für Privathaushalte gehen die Gutachter bis 2020 von einem Anstieg der Strompreise in Höhe von 22 % aus, also insgesamt von einer Steigerung um gut 5 Cent pro Kilowattstunde. Das ist ein geringerer Anstieg als im selben Zeitraum in der Vergangenheit, ein Anstieg, der zudem durch verschiedene Maßnahmen vollständig ausge-

glichen werden kann: erstens durch eine bessere Nutzung des Wettbewerbs und dem Wechsel zu einem günstigeren Stromanbieter, zweitens durch Erschließung der Potentiale der Energieeffizienz und -einsparung. Denn am preiswertesten ist natürlich die Energie, die nicht gebraucht wird.

Außerdem ist es falsch, die Energiewende ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Kosten zu betrachten. Denn Kosten sind ja zugleich Investitionen. Es lohnt sich, sich noch einmal vor Augen zu führen, was wir für unsere Investitionen bekommen.

Wir bekommen ein Energiesystem, das uns schrittweise von Öl und Gas und damit auch von der Preisentwicklung dieser Güter unabhängig macht. Wir bekommen ein Energiesystem, das langfristig preiswerter ist als das bestehende fossile Energiesystem. Wir bekommen ein Energiesystem, das unsere Volkswirtschaft widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger macht. Wir bekommen ein Energiesystem, das den Klimawandel eindämmt. Wir bekommen ein Energiesystem, mit dem wir – wie Barack Obama es einmal formuliert hat – nicht mehr die Energie der Vergangenheit importieren müssen, sondern die Energie der Zukunft exportieren können.

Das ist eine Riesenchance für unsere Wirtschaft. Wir bekommen ein Energiesystem, bei dem wir nicht mehr die Rechnungen der Ölscheichs bezahlen, sondern selber Wertschöpfung generieren. Wir bekommen ein Energiesystem, das dezentraler gestaltet ist – also näher bei den Menschen – und das deshalb ein großes Potential der Mitgestaltung beinhaltet. Ein Energiesystem, das allerdings hochkomplex ist und dessen Steuerung eine große Herausforderung ist – nicht nur technisch und wirtschaftlich. Es macht aus reinen Verbrauchern Akteure, die sich in vielfältiger Weise beteiligen können.

Bei uns in Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat neues und zukunftsgerichtetes Denken bekanntlich Tradition. Baden-Württemberg ist ein starkes Land mit gewaltigen Ressourcen. Unser Land verfügt allerdings über wenig natürliche Rohstoffe. Daher haben die Menschen hier schon immer auf ihr handwerkliches Können und ihre geistigen Kräfte gesetzt. So ist Baden-Württemberg zum Land der Erfindungen, der Tüftlerinnen und Tüftler geworden.

Bei uns wurden das Fahrrad und das Auto erfunden, das Luftschiff und der Dübel stammen von hier. Auch das Urmodell moderner Windkraft-Anlagen wurde zuerst

1957 auf der Schwäbischen Alb errichtet. Dieser Erfindergeist ist noch immer mehr als lebendig. Bei den Patenten liegen wir bekanntlich ganz vorn. Überall im Land sehe ich Menschen, die an neuen innovativen, neuen Produkten und Projekten arbeiten.

Deswegen können wir uns auch bei der Art und Weise, wie wir zukünftig Strom und Wärme produzieren, wie wir unsere Autos antreiben und wie wir unsere Häuser dämmen, auf denselben Erfinder- und Tüftlergeist verlassen, der unser Land schon immer ausgemacht hat.

Dieser Geist und diese Tatkraft unserer Menschen sind gewaltige Schätze, die es für die Umsetzung der Energiewende zu gewinnen und einzusetzen gilt. Alle Talente sind gefragt, und wir wollen alle in das neue Energiezeitalter mitnehmen.

Was sind nun die Eckpunkte einer nachhaltigen Energiepolitik? Meine Damen und Herren, eine gesellschaftliche Orientierung muss auf einem langfristigen Leitszenario und auf einem Zielkonsens aufbauen. Deshalb sind die Eckpunkte unserer Energiepolitik – jenseits des Atomausstiegs – folgende.

Höchste Priorität hat für die Landesregierung die Versorgungssicherheit. Eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas und Wärme ist für ein Industrieland wie Baden-Württemberg lebensnotwendig. Hier werden wir die Bundesnetzagentur und die Bundesregierung unterstützen, damit der notwendige Netzausbau, verknüpft mit der Realisierung von Stromspeichern und Erzeugungskapazitäten sowie die intelligente Weiterentwicklung der Energieinfrastrukturen rasch vorankommen.

Ein zweiter entscheidender Baustein ist der weitere forcierte Ausbau der erneuerbaren Energien. Hiermit reduzieren wir die Menge an Treibhausgasen und vermindern zugleich die Abhängigkeit von Rohstoffimporten.

Drittens wollen wir die großen Potentiale für Energieeffizienz und zur Energieeinsparung erschließen und den Energieverbrauch in Baden-Württemberg merklich reduzieren.

Viertens verfolgen wir mit unserer Energiepolitik auch das Ziel, die Risiken steigender Preise zu minimieren. In dieser Frage nehmen wir die Sorgen der Menschen sehr ernst. Denn die soziale Ausgestaltung der Energiewende ist uns ein zentrales Anliegen.

gen. Wir werden daher darauf achten, dass Energiearmut und die Energiekosten weder für die privaten Haushalte noch für die Wirtschaft zum Problem werden.

Fünftens wollen wir Baden-Württemberg zur führenden Energie- und Klimaschutzregion entwickeln. Wir werden in einem Klimaschutzgesetz verbindliche Ziele zur Verminderung der Treibhausgasemissionen festlegen und damit unseren Beitrag zur Erreichung der nationalen und internationalen Klimaschutzziele leisten.

Nicht zuletzt setzen wir auf die Bereitschaft in der Gesellschaft, die hier skizzierte Energiewende gemeinsam zu gestalten. Die notwendigen strukturellen Umwälzungen wollen wir in der Energielandschaft nicht von oben herab verordnen. Wir setzen auf den Dialog und werden Modelle für Bürgerbeteiligungen aktiv unterstützen.

Wir wollen eine in gleichem Maße sichere, zuverlässige, umweltverträgliche und wirtschaftliche Energieversorgung, die die Bürgerschaft in unserem Lande mitträgt. Dies ist unser Anspruch und dies ist die Richtschnur für unsere energie- und klimapolitischen Ziele und Aktivitäten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch einige Sätze zur EnBW sagen. So problematisch die Umstände des Erwerbs der Anteile auch gewesen sind – neben der Aufarbeitung der Vergangenheit geht es nun um die Gestaltung der Zukunft. Dazu möchte ich drei Anmerkungen machen.

Erstens: Wir stehen zur EnBW und zu ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihre große Kompetenz ist das große Pfund dieses Unternehmens. Vor ihrer Leistung habe ich großen Respekt. Das schließt ausdrücklich auch die Beschäftigten in den Atomkraftwerken ein. Ihr Know-how und Verantwortungsbewusstsein sind für eine sichere Auslauf- und Rückbauphase unabdingbar.

Zweitens: Wir wollen, dass die EnBW ein wichtiger Teil und dynamischer Treiber der Energiewende wird. Auf diesem Weg ist die EnBW bereits ein gutes Stück vorangekommen. Der Energiemix des Unternehmens wird nachhaltiger, etwa durch mehr erneuerbare Energien oder den Bau eines hocheffizienten Gaskraftwerks in Düsseldorf.

Drittens: Die EnBW hat gute Perspektiven. Und wir werden als Landesregierung unseren Beitrag dazu leisten, damit sie zu einem Vorzeigeunternehmen der Energiewende wird.

Durch die Energiewende verändert sich die komplette Struktur des Energiemarktes. Bisher funktionierte der Markt in eine Richtung: Von wenigen zentralen Erzeugungsorten wurden die Menschen versorgt. Jetzt bekommen wir einen Markt, in dem die Zahl der Erzeuger deutlich zunimmt. Wir bekommen also einen Markt von Vielen zu Vielen. Wir sind zuversichtlich, dass die EnBW das erste große Versorgungsunternehmen sein wird, das dieser neuen Welt am Energiemarkt gewachsen ist. Die EnBW hat die Kreativität, das Know-how, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Unterstützung ihrer Anteilseigner, um sich zu einem Versorger neuen Typs zu entwickeln.

Wo liegt der aktuelle Handlungsbedarf? Meine Damen und Herren, ich sagte bereits, dass wir der Versorgungssicherheit höchste Priorität beimessen. Wir werden darauf achten, dass der Umbau des Energieversorgungssystems so erfolgt, dass jederzeit die Sicherheit der Versorgung gewährleistet bleibt.

Eine Kernaufgabe sehen wir darin, die Nachfrage nach Energie mit der Erzeugung aus erneuerbaren Energien zu synchronisieren, und zwar durch flexible Erzeugung, durch Speicher und durch steuerbare Lasten. Dazu brauchen wir effiziente Gaskraftwerke, die flexibel die erneuerbaren Energien ergänzen. Wir benötigen Speicher, die in Zeiten überschüssiger Erzeugung den Strom aufnehmen und bei Bedarf wieder abgeben. Wir müssen die Lasten in Industrie, Gewerbe und Handel – langfristig natürlich auch in den Haushalten – steuern können. Stromkunden sollen davon profitieren, wenn sie ihre Nachfrage an das Angebot anpassen. Wir benötigen eine intelligente Netzstruktur, um die genannten Komponenten effizient miteinander zu verknüpfen.

Der Markt honoriert derzeit nur die verkaufte Kilowattstunde, nicht die hergestellte Kilowattleistung und die Stabilität des Netzes. Deshalb brauchen wir finanzielle Anreize für das Errichten und den Erhalt von solchen Kapazitäten, die zur Sicherstellung der Netz- und Systemsicherheit benötigt werden.

Mit dem von der Landesregierung dazu vorgelegten „Marktdesign für einen Kapazitätsmarkt Strom“ haben wir eine bundesweite Diskussion in Gang gebracht. Das Instrumentarium eines Kapazitätsmarkts muss sehr sorgfältig ausgearbeitet werden.

Es gilt Wettbewerbsverzerrungen, unerwünschte Mitnahmeeffekte und sonstige Nebenwirkungen zu vermeiden. Deshalb freuen wir uns über Signale aus Berlin, die eine Bereitschaft der Bundesregierung zeigen, sich der Idee eines Kapazitätsmarktes zu nähern.

Ich möchte noch einmal betonen, dass es insbesondere für uns und Bayern, die bisher einen hohen Atomstromanteil hatten, von überragender Bedeutung ist, solche effizienten Gaskraftwerke zu bekommen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Man muss nur einmal sehen, dass in Deutschland regional sehr unterschiedliche Interessenlagen bestehen. Im Osten gibt es einen hohen Anteil von Fotovoltaik und im Norden einen hohen Windstromanteil. Dass es nicht ganz einfach ist, hier zu einem Konsens zu kommen, haben die bisherigen Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz gezeigt. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier kraftvoll unsere Interessen in diesen Prozess einbringen.

Unser Vorschlag für die Einführung von Kapazitätsmechanismen soll jedoch kein Weg in eine baden-württembergische Energieautarkie sein. Eine solche Autarkie hatten wir im Südwesten noch nie, und wir streben sie auch nicht an. Im Gegenteil: Wir sind davon überzeugt, dass die Energiewende am besten und zu den geringsten Kosten gelingt, wenn eine möglichst weitreichende Vernetzung stattfindet: Über Baden-Württemberg hinaus, und mittelfristig auch über Deutschland hinaus.

Damit bin ich beim Thema Stromnetze. Seit einiger Zeit wird insbesondere die Windkraft stark im Norden ausgebaut, während die Verbrauchsschwerpunkte bekanntlich im Süden liegen. Um den Strom von Nord nach Süd zu transportieren, brauchen wir daher dringend einen bedarfsgerechten und zügigen Ausbau der Übertragungsnetze.

Wie Sie wissen, liegt der Netzausbau bei den Höchstspannungsleitungen aber weit hinter den Planungen zurück. Wir unterstützen daher alle sinnvollen und erforderlichen Maßnahmen, mit denen der Netzausbau vonseiten der Bundesregierung beschleunigt werden soll. Es war daher an der Zeit, dass die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber vor Kurzem endlich den Entwurf eines Netzentwicklungsplans

vorgestellt haben. Die Aktivitäten zum Netzausbau erhalten damit hoffentlich eine neue Dynamik.

Wir haben beim Netzausbau in der Regel die die Übertragungsnetze im Blick, aber ebenso wichtig wie deren Erweiterung ist nach unserer Auffassung der Ausbau der Verteilnetze sowie deren Umbau zu so genannten „Smart Grids“, also zu intelligenten Netzen. Letztlich geht es hier darum, dem Energienetz als Blutkreislauf des Energiesystems ein in alle Richtungen aktives, informationsleitendes und -verarbeitendes Nervensystem beizufügen. In Sachen „Smart Grids“ sehen wir für die nächsten Jahre noch einen erheblichen Forschungsbedarf und ebenso die Notwendigkeit, Pilot- und Demonstrationsprojekte durchzuführen, was wir vor wenigen Tagen mit Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft in einer ersten Runde durchgesprochen haben.

Zum Ausbau von Speichern: Meine Damen und Herren, es ist eine Binsenweisheit, dass zentrale Energiequellen, nämlich die Solar- und Windkraft, wetterabhängig sind und damit un stetig einspeisen. Wir brauchen also Speicher. Derzeit stellen Pumpspeicher die einzig ausgereifte Technologie dar und sie sind auf absehbare Zeit die wirtschaftlichste Option zur Speicherung im großen Maßstab. Mit Pumpspeichern alleine werden wir den Bedarf langfristig allerdings nicht decken können. Schätzungen zufolge könnte der Speicherbedarf bei einer Vollversorgung durch erneuerbare Energien bis zum Hundertfachen der bislang im deutschen Stromnetz verfügbaren Speicherkapazität betragen. Derart große Kapazitäten können aus heutiger Sicht nur durch chemische Speicher bereitgestellt werden.

Wichtige Perspektiven sehen wir hier für die Erzeugung von Wasserstoff durch Strom, um ihn so zu speichern, sowie langfristig – wir können nämlich bis zu 5 % Wasserstoff ins Gasnetz einspeisen – für die Power-to-Gas-Technologie, mittels derer der Wasserstoff in Erdgas umgewandelt wird. Hier sind aber noch Effizienzprobleme zu lösen. Auch Batteriespeicher werden eine Rolle spielen. Erneut sind also Forschung und Innovation gefragt, und ich wiederhole mich gern: Wir haben die Fähigkeiten bei uns im Land, um hier erfolgreich zu sein, und werden die Weiterentwicklung dieser Technologien beschleunigen.

Meine Damen und Herren, ich möchte das Thema Versorgungssicherheit nicht abschließen, ohne auf den vergangenen Winter einzugehen, in dem wir eine ange-

spannte Versorgungssituation bei Strom und Gas hatten. Wir haben die Ereignisse des kalten Februars gemeinsam mit den Energieversorgern ausgewertet. Sie haben uns gezeigt, dass die getroffenen Vorsorgemaßnahmen – z. B. die Ausweisung von Reservekraftwerken – richtig waren. Im Saldo wurde im Winter sogar Strom exportiert.

Die Ereignisse haben uns aber auch Lücken deutlich gemacht. Neben dem Stromsektor müssen wir auch die Gasinfrastruktur stärker in den Fokus der Betrachtungen einbeziehen. Die Versorgung der zentral wichtigen Gaskraftwerke muss sichergestellt sein.

Werte Kolleginnen und Kollegen, tragende Säulen unseres Langzeit- und Leitszenarios sind des Weiteren die drei „E's“, also erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Alle drei Komponenten gehören untrennbar zusammen, und nur dann, wenn wir den Verbrauch durch gesteigerte Effizienz und Einsparung senken und zugleich die erneuerbaren Energien massiv ausbauen, kann die Energiewende gelingen.

Das Vermeiden von unnötigem Energieverbrauch durch den Einsatz von Effizienztechniken ist meistens erheblich kostengünstiger und zudem klima- und ressourcenschonender, als Energie zu erzeugen. Energieeffizienz ist in der Lage, vorübergehende Preiserhöhungseffekte durch die forcierte Markteinführung von erneuerbaren Energien weitgehend zu kompensieren.

Auf der Angebotsseite liegt das größte Effizienzpotential in der Kraft-Wärme-Kopplung, kurz KWK. Sie ist einer der zentralen Bausteine bei der Umsetzung der Energiewende. Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir das Potential der KWK voll ausschöpfen. Wir können es uns nicht länger leisten, in fossil befeuerten Großkraftwerken bis zu zwei Drittel der eingesetzten Primärenergie in Form von Abwärme in die Luft zu blasen.

Leider ist es uns nicht gelungen, den unzureichenden Entwurf des KWK-Gesetzes der Bundesregierung maßgeblich zu verbessern. Wir hätten gerne stärkere Förderanreize für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung gehabt.

Auf der Nachfrageseite geht es vor allem um zwei Punkte: erstens um die energetische Gebäudesanierung, zweitens um das Heben von Effizienzpotentialen in Unternehmen und in privaten Haushalten.

Der Gebäudesektor hat eine Schlüsselfunktion, denn mit 40 % des Endenergieverbrauchs bietet er ein erhebliches Einsparpotential. Unser Ziel ist es, in Umsetzung der kommenden Gebäudeenergie richtlinie der EU bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Dazu müssen wir die Sanierungsquote steigern.

Gebäudesanierungen sind nicht billig. Deshalb ist die steuerliche Förderung der energetischen Sanierung so wichtig. Wir drängen seit einem Dreivierteljahr darauf, dass das Vermittlungsverfahren zwischen Bund und Ländern zu einem guten Ende findet, denn durch die Hängepartie entsteht eine Zurückhaltung bei Investitionen privater Hausbesitzer. Damit ist niemandem gedient. Wir selbst investieren aus Landesmitteln in die Gebäudesanierung. Für zusätzliche Anstrengungen brauchen die Landeshaushalte eine Kompensation.

Bei der energetischen Sanierung dürfen wir Hausbesitzer nicht überfordern. Wir sollten daher auch diejenigen unterstützen, die ihre Immobilien in mehreren Schritten modernisieren wollen.

Deshalb starten wir ein Sofortprogramm für Sanierungsfahrpläne und ergänzen die vom Bund angebotenen Förderangebote.

Gleichzeitig gilt es, Lösungen zu finden, die für die Mieterinnen und Mieter ebenfalls tragfähig sind. Die Energiewende darf auch an dieser Stelle keine soziale Schieflage bekommen.

Unser Programm, das wir zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden gemeinsam mit der L-Bank zur weiteren Verbilligung der Mittel der KfW aufgelegt haben, läuft im Übrigen sehr gut an. Insgesamt steht so ein Kreditvolumen von 500 Mio. € zu äußerst attraktiven Zinsen, nämlich Zinsen von unter 1 %, zur Verfügung.

Mit diesen Maßnahmen streben wir an, die Sanierungsquote im Gebäudebestand auf mindestens 2 % zu steigern und gegenüber dem heutigen Stand zu verdoppeln.

Die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude hat für uns einen hohen Stellenwert. Deswegen werden wir die Anstrengungen in diesem Bereich im Rahmen des finanziell Möglichen verstärken.

Auch wenn viele unserer Unternehmen in Baden-Württemberg in punkto Energieeffizienz heute schon vorbildlich sind, gibt es in Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen nach wie vor erhebliche Einsparpotentiale. Diese schlummernden Potentiale wollen wir durch gezielte Energieberatung erschließen.

Dasselbe gilt für private Haushalte. Hier werden wir die Zusammenarbeit der regionalen Energieagenturen mit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg weiter verstärken und dadurch eine flächendeckende, kundennahe Beratung zu allen haushaltsrelevanten Energieeffizienzmaßnahmen aufbauen.

Wie Sie wissen, sind es vor allem die energiebedingten CO₂-Emissionen, die für bereits eingetretene oder prognostizierte Klimaveränderungen verantwortlich gemacht werden. Daher gehört die Vermeidung von CO₂-Emissionen der Energieerzeugung zu den wichtigsten Zielen der Klimaschutzpolitik.

Erneuerbare Energieträger wie Wasser, Sonne und Wind leisten hier schon jetzt einen großen Beitrag: Sie haben allein in Baden-Württemberg im Jahr 2010 rund 13 Millionen Tonnen CO₂ eingespart, in Deutschland etwa 120 Millionen Tonnen. Das entspricht einer CO₂-Minderung von 15 %. Dadurch mussten wir weniger fossile Energieträger importieren, in Baden-Württemberg immerhin in einer Höhe von 10 % des Primärenergieverbrauchs.

Wir sind sehr optimistisch, dass wir unser Ziel erreichen werden, bis 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung von 38 % zu schaffen.

Eine wichtige Voraussetzung haben wir geschaffen: Die Novelle des Landesplanungsgesetzes ist beschlossen, und sie wird bald Früchte tragen.

Sicher, auch das Jahr 2012 wird nicht mit Rekordzahlen von neu gebauten Windkraftanlagen aufwarten, weil mit dem Landtagsbeschluss zum Landesplanungsgesetz am 9. Mai erst der notwendige Rahmen geschaffen wurde, der jetzt planerisch ausgefüllt wird.

Wir haben bewusst eine längere Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2012 geschaffen, um den Regionalverbänden und Kommunen ausreichende Planungszeit zu geben, um Vorranggebiete und kommunale Konzentrationsgebiete auszuweisen und den Windkraftausbau damit auf ein solides Fundament zu stellen.

Aber ich bin überzeugt, dass die kommenden Jahre den Aufschwung in Sachen Windkraft bringen werden. Die Signale, die wir aus einer Vielzahl von Kommunen und auch aus den Regionalverbänden bekommen, sind vielversprechend.

Damit komme ich zu dem Punkt, der für den Erhalt unseres Wohlstands entscheidend ist. Wie gesagt: Wir haben uns mit der Energiewende haben wir uns dafür entschieden, nicht mehr die Energie der Vergangenheit zu importieren, sondern die Energie der Zukunft zu exportieren. Das ist für Handwerk und Wirtschaft eine ungeheure Chance. Weil wir aufgrund der Erneuerbaren Energien weniger fossile Brennstoffe importieren müssen, bleiben bereits heute jährlich rund 500 Mio. € weitgehend vor Ort in Baden-Württemberg – Tendenz steigend. Hinzu kommen weitere Wertschöpfungsstufen wie die Produktion von Anlagen und Anlagenkomponenten sowie Planung, Installation, Wartung, Instandhaltung und Betriebsführung.

Insgesamt wurden in Baden-Württemberg im Jahr 2010 rund 3,4 Milliarden € in die Errichtung von Erneuerbare-Energie-Anlagen investiert und etwa 1,5 Milliarden € für den Anlagenbetrieb aufgewendet. Sicher bleibt davon nicht jeder Euro im Land, wesentliche Anteile aber schon.

Im Jahr 2006 wurden vom Statistischen Landesamt erstmals „Güter und Dienstleistungen für den Klimaschutz“ erfasst. Seitdem sind die die umweltbezogenen Umsätze um sage und schreibe 133 % gestiegen. Auch für die kommenden Jahre prognostiziert die Unternehmensberatung Roland Berger Umsatzsteigerungen im Green-Tech-Bereich von rund 20 % jährlich. Dies führt nach einer weiteren Berger-Prognose dazu, dass Umwelttechnologie spätestens im Jahr 2030 die wichtigste und umsatzstärkste Branche in Deutschland sein wird.

Resultat derartiger Umsatzsteigerungen sind neue Jobs. Allein den erneuerbaren Energien, die nur einen Teil der Umwelttechnologien darstellen, können nach neusten Schätzungen mehr als 350.000 Vollzeit Arbeitsplätze in Deutschland zugerechnet werden, und zwar mit seit Jahren steigender Tendenz.

Für Baden-Württemberg weisen konservative Schätzungen mehr als 20.000 Vollzeit-arbeitsplätze aus, die mit erneuerbaren Energien verbunden sind. Sehr wahrschein-lich sind es eher mehr, denn allein im Bereich Photovoltaik sind im Land mehr als 60 Unternehmen und Forschungseinrichtungen tätig. Die steigende Tendenz bei den Arbeitsplätzen hat sich übrigens auch in der Wirtschaftskrise als stabil erwiesen.

Dies alles zeigt, dass sich die Energiewende rechnet. Der staatlich beschleunigte Strukturwandel kreiert Leitmärkte für Effizienz und Zukunftsenergien. Dies hat erheb-liche Arbeitsplatzeffekte zur Folge. Viele Unternehmen haben das erkannt und nut-zen die damit verbundenen Chancen. Wir als Landesregierung werden diese Ent-wicklung stützen, fördern und weiter beschleunigen, um auch zukünftig die Nase vorn zu haben.

Meine Damen und Herren, der Umbau der Energieversorgung ist eine Chance für die gesamte Gesellschaft. Die Befassung mit solchen Themen an der Schnittstelle von Ökologie und Ökonomie setzt Kräfte frei. Die Energiewende ist eine Aufgabe, deren epochale Bedeutung auch eine große Faszination ausübt.

Die „Wirtschaftswoche“ ist sicherlich unverdächtig, der grün-roten Regierung nach dem Mund zu reden. Daher zitiere ich ihren Chefredakteur, der Ende 2010 schrieb:

„So, wie sich in den Sechzigerjahren die Menschen für das Raumfahrtprogramm Apollo begeistert haben und später für das Internet, so sind heute nachhaltige The-men der Stoff, aus dem die Träume sind. [...] Aus den Unternehmen wissen wir, dass nachhaltige Projekte zu freiwilliger Mehrarbeit führen. [...] Junge Menschen entdecken derzeit den Ingenieursberuf neu, weil sie darin einen Weg sehen, die Welt zu verbessern.“

Mitmachen bei der Energiewende können aber nicht nur Ingenieurinnen und Ingeni- eure. Mitmachen können alle. Denn das Neue an den Erneuerbaren ist auch ihr De-mokratisierungspotential. Die Entscheidungen über die Energieerzeugung werden in Zukunft wesentlich stärker als bisher „von unten“ getroffen, also von allen, die daran teilhaben wollen: Dies sind u.a. die Bürgerinnen und Bürger selbst, dies sind Ener-giegenossenschaften – allein im vergangenen Jahr sind in Baden-Württemberg 40 neue Energiegenossenschaften entstanden –, und dies sind die Städte und Gemein-den.

Die notwendigen Entwicklungen können nicht von oben herab verordnet werden. Sie müssen vielmehr von unten wachsen. Dafür sind ein gemeinsames Verständnis der vor uns liegenden Aufgaben und Zielsetzungen sowie Akzeptanz erforderlich.

Vor Ort müssen Bürgerinnen und Bürger entscheiden, welchen Beitrag zur Energiewende sie leisten wollen. Sie können in effiziente Geräte, neue Heizungspumpen oder die Energieerzeugung selbst investieren, und davon auch finanziell profitieren. Sie müssen z. B. entscheiden, ob sie Windräder oder eine Biogasanlage bauen wollen. Das kann die Bürgergesellschaft natürlich bisweilen auch polarisieren. Umfragen und Bürgerentscheide zeigen aber, dass die Mehrheit der Menschen die Energiewende positiv sieht und Anlagen auch im eigenen Umfeld akzeptiert.

Bei all dem werden wir die Bürgerinnen und Bürger mit einer Informations- und Dialoginitiative unterstützen. Wir wollen auch in dieser Frage den von der Landesregierung formulierten Anspruch einer Politik des Gehörtwerdens ganz konkret einlösen. Dazu zählt, alle Akteure umfassend an den anstehenden Beratungen zu beteiligen. Dabei geht es neben der finanziellen Teilhabe an der Wertschöpfung der Energiewende auch um Teilhabe an Planungs- und Entscheidungsprozessen.

Wir suchen und pflegen den Kontakt mit den Kommunen und Landkreisen. Daher haben wir mit den kommunalen Landesverbänden das gemeinsame Forum Energiewende eingerichtet. In regelmäßigen Gesprächen wird über die zu lösenden Aufgaben diskutiert und werden Lösungsansätze erarbeitet.

Die Landesregierung ist ebenso auf die Energiewirtschaft als Partnerin zur Umsetzung der Energiewende angewiesen. Hierzu gehört, wie ich bereits ausgeführt habe, natürlich auch die EnBW. Gleichermäßen sind aber auch die Stadtwerke unverzichtbare Partner. Für den Ausbau zusätzlicher dezentraler Erzeugungskapazitäten und für die Neuausrichtung von Klimaschutz und Energiewirtschaft haben die lokal verankerten Stadtwerke die allerbesten Voraussetzungen.

Mithilfe all dieser Maßnahmen machen wir – das finde ich ganz entscheidend und trifft den Kern des Ganzen – aus Betroffenen Beteiligte. Je mehr Menschen sich dafür begeistern und sich an dieser großen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen, desto besser. Deswegen werden wir diese Herausforderung gemeinsam meistern. Wir laden alle zum Mitmachen ein.

Meine Damen und Herren, was ich Ihnen vorgestellt habe, sind die zentralen Leitlinien der grün-roten Energie- und Klimaschutzpolitik für unser Land. Baden-Württemberg ist die treibende Kraft der Energiewende. Wir haben ehrgeizige Pläne, aber wir sind überzeugt, dass sie richtig sind. Wir sind zuversichtlich, dass wir unsere Ziele erreichen.

Wir setzen dabei auf die Menschen in unserem Land und ihr Engagement. Wir setzen auf die Unternehmen, welche die Chancen ergreifen, die ihnen dieser Umbau bietet. Wir setzen auf Forschung und Innovation, die unseren Planeten letztlich schützen. Wir setzen auf die Energiewende. Lassen Sie uns alle gemeinsam dieses große Generationenprojekt gestalten.

Herzlichen Dank.